

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

282

Zweite Ausgabe

Wien, am 19. Oktober 1932.

Versammlungsverbot gegen die oppositionellen Parteien in Wien.

Die von der Bundesregierung an die Bundespolizeidirektion ergangene Weisung, Kundgebungen, Aufmärsche und Versammlungen unter freiem Himmel, die von den oppositionellen Parteien oder von den diesen Parteien angeschlossenen Vereinigungen veranstaltet werden, im Hinblick auf die politischen Verhältnisse zu untersagen, ist nunmehr auch durch einen Erlass dem Landeshauptmann von Wien bekanntgegeben worden. Der Erlass lautet:

"Ueber Auftrag des Herrn Bundeskanzlers erteile ich hiemit die Weisung, einschlägige Untersagungsbescheide der Bundespolizeidirektion im Berufungswege vollinhaltlich bestätigen zu wollen.

17. Oktober 1932

Der Staatssekretär:

Fey m.e.H."